



Europawahl

Fakten und
Forderungen
Seite 2

Kommunalwahl
2014

Politik vor Ort

Warum Metaller
kandidieren
Seite 3

2,2
Prozent

Mehr Geld für Beschäftigte

Seite 4

Kommunalwahlen und Europawahl am 25. Mai

Demokratie aktiv mitgestalten!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der 25. Mai 2014 ist ein besonderer Sonntag für Baden-Württemberg: Landauf landab werden die Kreis-, Gemeinde- und Ortschaftsräte für die kommenden fünf Jahre gewählt, in der Region Stuttgart zudem das Regionalparlament. Zeitgleich stimmen die Menschen in Europa über die Zusammensetzung des künftigen EU-Parlaments ab. **Der 25. Mai bietet somit eine einmalige Chance, die Demokratie im Kleinen wie im Großen aktiv mitzugestalten. Mein Appell an Euch: Nutzt diese Gelegenheit – aus diesen Gründen:**

Mitbestimmung beginnt vor der Haustür

Kommunalpolitik wirkt sich unmittelbar auf den Alltag aus - nirgends können Wählerinnen und Wähler so stark beeinflussen, was der Staat tut oder lässt. Das betrifft die Finanzierung von Bau- und Infrastrukturvorhaben wie Schulen oder Straßenbahnlinien ebenso wie Zuschüsse für Theater, Sportvereine und Jugendhäuser. Vor allem die 16- und 17-Jährigen im Südwesten sollten ihre erstmalige Chance zur Wahl wahrnehmen.

Demokratie lebt von engagierten Bürgern

Im Südwesten gilt Persönlichkeitswahl – Bürger können sich gezielt und listenunabhängig diejenigen Kandidaten aussuchen, die ihre Belange am überzeugendsten vertreten. Zudem kann jeder für sich ehrenamtlich an kommunalen Entscheidungen mitwirken, viele Bürger gemeinsam

können einen Bürgerentscheid durchsetzen.

Mitbestimmung tut in ganz Europa Not

Das EU-Parlament gestaltet zunehmend nationale Belange. Umso wichtiger ist, dass die Beschäftigten den Kurs in Europa in ihrem Sinne mitbestimmen und darauf hinwirken, dass riskante Vorhaben wie das Freihandelsabkommen mit den USA verhindert werden.

Demokratie verträgt keine rechten Parteien

Radikale Sparpolitik, sinkende Einkommen, hohe Arbeitslosigkeit – dies kennzeichnet



weite Teile Europas heute. In der Folge haben sich vielerorts rechtsradikale Parteien und sonstige Populisten etabliert, die den Menschen falsche Versprechungen machen. Diesen Trend gilt es umzukehren, stattdessen für ein Europa zu stimmen, das Bürgern wie Beschäftigten sichere Jobs, echte Mitbestimmung und mehr Gerechtigkeit zugesteht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die IG Metall spricht keine Empfehlung für eine Partei

aus. Aus unserer Beschäftigtenbefragung wissen wir aber, was sich viele Menschen jeden Tag wünschen: Arbeit zu fairen Bedingungen, armutsfeste Renten, gerechte Chancen auf Bildung. Dafür lohnt es sich, am 25. Mai seine Stimme abzugeben!

*Euer Roman Zitzelsberger
IG Metall-Bezirksleiter für
Baden-Württemberg*

Am 25. Mai wählen gehen!



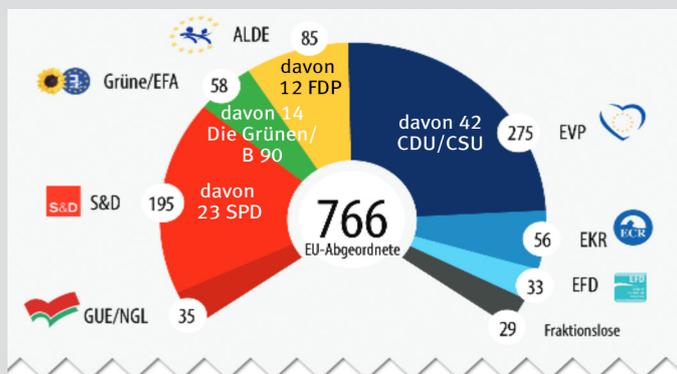
Damit EUROPA uns allen schmeckt.

Das ist unser Europa – die fünf Forderungen der IG Metall:

1. Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen, statt eine ganze Generation zu verlieren!
2. Wachstum durch Investitionen fördern, statt durch einseitiges Sparen abwürgen!
3. Nachhaltige Industrien mit realen Arbeitsplätzen in Europa aufbauen und ausbauen, statt auf kurzfristige Spekulationen zu setzen!
4. Arbeit in Europa – sicher, sozial und fair – statt prekärer Beschäftigung!
5. Mehr Demokratie und Mitbestimmung, statt Politik über die Köpfe der Menschen hinweg!



Die Fraktionen im Europaparlament



Die 766 Abgeordneten aus 28 Mitgliedsstaaten haben sich in sieben Fraktionen zusammengeschlossen.

Die Zahl der Abgeordneten wird jetzt auf 751 reduziert.

GUE/NGL: Vereinigte Europ. Linke/ Nordische Grüne Linke; **S&D:** Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten; **Grüne/EFA:** Grüne/Freie Europäische Allianz; **ALDE:** Allianz der Liberalen und Demokraten; **EVP:** Europ. Volkspartei (Christdemokraten); **EKR:** Europäische Konservative und Reformisten; **EFD:** Europa der Freiheit und Demokratie; **Fraktionslose**

Die wichtigsten Fakten zur Abstimmung

- ▲ Bei der achten Europawahl dürfen **400 Millionen Menschen** in **28 Ländern** mitentscheiden
- ▲ In Deutschland bewerben sich **1053 Kandidaten** aus **25 Parteien** um ein Mandat
- ▲ Mit **96 von 751** entsendet **Deutschland die meisten Vertreter** in das neue EU-Parlament
- ▲ Vor fünf Jahren gingen **43,3 Prozent** der Wahlberechtigten hierzulande zur Europawahl
- ▲ Ohne Sperrklausel haben **kleine Parteien** noch bessere Chancen ins Parlament einzuziehen

Europa aus Sicht der Beschäftigten

- ▲ Mehr als **14 Millionen junge Erwachsene** in Europa haben keine Arbeit oder Ausbildung
- ▲ **Arbeitsbedingungen** und Einkommen in den Krisenländern haben sich verschlechtert
- ▲ **Arbeitnehmerrechte**, Sozialstandards und Gewerkschaften wurden geschwächt
- ▲ **Ein Fünftel** der halben Milliarde EU-Bürger gilt mittlerweile als arbeitslosgefährdet
- ▲ **Industriepolitik** wurde lange vernachlässigt, Steuerflucht dagegen geduldet



Am 25. Mai wählen gehen!

LINKS

Wahl-o-mat der Bundeszentrale für politische Bildung:
www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat

IG Metall zur Europawahl:
www.igmetall-fuer-europa.com

Die wichtigsten Fakten zur Abstimmung

- ▲ Gewählt wird in **35 Landkreisen und 1101 Städten und Gemeinden** im Südwesten
- ▲ **8,5 Millionen Menschen** dürfen ihre Stimme abgeben, darunter rund **600.000 EU-Bürger**
- ▲ **200.000 16- und 17-Jährige** in Baden-Württemberg können erstmals mitentscheiden
- ▲ Vor fünf Jahren gaben **50,7 Prozent der Wahlberechtigten** ihre Stimme ab
- ▲ Der **Frauenanteil** in den Gemeinderäten beträgt **22**, in den Kreistagen sogar nur **16 Prozent**



„Einer Stadt Seele einhauchen“

Bei den Kommunalwahlen kandidieren zahlreiche haupt- und ehrenamtliche Metallerrinnen und Metallerr. Wir haben fünf Kandidaten aus fünf Parteien gefragt, warum sie sich in lokaler und regionaler Politik engagieren:



Roland Walter (59), Betriebsratsvorsitzender von Maquet in Rastatt, hat

bereits 30 Jahre Erfahrung in der Kommunalpolitik, seit 26 Jahren sitzt er für die Grünen im Rastatter Gemeinderat. Dort setzt er sich für Schulen mit bestmöglichen Bildungschancen ein, für eine Infrastruktur der kurzen Wege sowie Freizeit- und Kulturangebote, die „einer Stadt die Seele einhauchen: Sie sorgen dafür, dass die Menschen gern dort wohnen.“ Wichtig ist ihm zudem, dass Pflege-Angebote „nicht in erster Linie Gewinninteressen unterworfen werden“. Und, dass er bei Abstimmungen „den Blickwinkel der Beschäftigten“ einbringen kann.



Herbert König (55), Betriebsratschef im Progress-Werk Oberkirch, ist

seit 25 Jahren im Ortschaftsrat. Seit 15 Jahren sitzt er für die CDU im Gemeinderat von Renchen, seit 16 Jahren ist er Ortsvorsteher im Ortsteil Erlach. Für ihn passen Beruf und politisches Engagement perfekt zusammen: „Auch als Betriebsrat nimmt man sich der Sorgen und Nöte seiner Kollegen an und versucht, gemeinsam bestmögliche Ergebnisse zu erreichen.“ Vor Ort liegt ihm das Wohl der Einwohnerschaft am Herzen, besonders schätzt er dabei das große ehrenamtliche Engagement, das seinen Stadtteil „liebens- und lebenswert macht“.



Alexander Haitz (58), Betriebsrat im Mercedes-Benz-Werk Gaggenau, sitzt seit 25 Jahren für die FDP

im Gemeinderat von Gaggenau, seit 2005 zudem im Kreistag. Dort will er die wichtigen Entscheidungen für Stadt und Kreis begleiten und „ein offenes Ohr für die Anliegen der Mitbürgerinnen und Mitbürger“ haben. Als Betriebsrat erfährt er täglich, was Beschäftigte etwa zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen – und kann in der Kommune entsprechend auf die Einrichtung neuer Kitas und flexible Betreuungszeiten hinwirken.



Roland Hamm (57), Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Aalen, ist

seit 20 Jahren politisch aktiv, davon 16 Jahre als Stadtrat. Seit 2009 sitzt er für die Linken im Gemeinderat von Aalen und setzt sich dort für bezahlbares Wohnen, genügend Bildungs- und Betreuungsangebote, gute Arbeit und die Förderung der Kultur ein. Zudem möchte er die Bürger stärker an wichtigen kommunalen Entscheidungen

beteiligen – analog zu seiner Arbeit als Gewerkschafter: „In den Kommunen setzt sich unser Engagement für mehr soziale Gerechtigkeit fort und wir gestalten regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik mit.“



Max Czipf (27), Jugendsekretär der IG Metall in Esslingen und SPD-

Mitglied, kandidiert für den Esslinger Gemeinderat und das Stuttgarter Regionalparlament. Langfristig will er die Wirtschaft demokratischer gestalten und zunächst das Projekt „Regionalfonds“ voranbringen. Damit soll das Land vom Verkauf bedrohten Firmen mit Eigenkapital helfen. Der geplante gesetzliche Mindestlohn ist für ihn „der Beweis, dass es sich lohnt, gewerkschaftliche Anliegen in die Parteien zu tragen.“ Zudem können sich örtliche Politiker bei Konflikten für den Erhalt von Standorten einbringen.

Hintergrund zum transatlantischen Freihandelsabkommen:
www.ttip-unfairhandelbar.de

Hintergrundinfos für Jung- und Erstwähler:
www.waehlenab16-bw.de

Am 25. Mai wählen gehen!



